

**Herrn
Dr. Norbert Lammert MdB,
Präsident des Deutschen Bundestages**

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Mannheim, den 11.12.2016

„DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“

Sehr geehrter Herr Präsident,

diese Nachricht, die ich hiermit schicke, ist eine Beschwerde, eine Beschwerde über Ihren Fraktionskollegen Peter Weiß. Leider komme ich um die Feststellung „Peter Weiß verbreitet vorsätzlich Falschaussagen“ nicht herum.

In einer e-mail – Nachricht vom **02.12.2016**, s. Anlage 1, behauptet er: *„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht bereits seit einigen Jahren mit Herrn Holdefleiß, dem Vorsitzenden des IEDF, im engen Kontakt. ...“*.

Das ist völlig aus der Luft gegriffen. Bemühungen unsererseits gibt und gab es zwar zuhauf. Aber sie prallen und prallten bei den Verantwortlichen in der Arbeitsgruppe Soziales ab. Ebenso beim Vorsitzenden der Unionsfraktion. Seit vielen Jahren ist die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) intensiv darum bemüht, einen Gesprächstermin mit Herrn Peter Weiß bzw. mit seinem Kollegen, Herrn Karl Schiewerling zu bekommen. Ich bin gern bereit, Ihnen Kopien all der Schreiben zukommen zu lassen, die wir seit 2010 an Peter Weiß bzw. Karl Schiewerling geschickt haben. Das möchte ich hier Ihnen ersparen. Wenn es gewünscht wird, kann ich das ohne weiteres nachholen.

Ein Beispiel: Für den **18.08.2011** war mit dem Wahlkreisbüro Peter Weiß in Lahr ein Termin vereinbart. Zu meinem Befremden war an diesem Tag das Büro in Lahr nicht besetzt, und die Fahrt war vergeblich. Herr Weiß gebrauchte die Ausrede, der Termin wäre abgesagt, siehe Anlagen 4 und 5.

Noch ein Beispiel: Anlässlich einer CDU-Veranstaltung in Mannheim am **23.05.2014** war Herr Peter Weiß, von seinem Mannheimer Fraktionskollegen Prof. Egon Jüttner eingeladen, in Mannheim. Herr Prof. Egon Jüttner kennt als mein Wahlkreisabgeordneter die brisante Angelegenheit „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ sehr gut und unterstützt uns, soweit es in seinen Möglichkeiten steht.

Auf dieser Veranstaltung habe ich im Beisein von Herrn Prof. Jüttner Herrn Weiß persönlich und dringend darum gebeten, er möge dafür sorgen, dass der Vorstand der IEDF zu einem persönlichen Gespräch mit ihm bzw. anderen kompetenten Vertretern der Arbeitsgruppe Soziales eingeladen wird. Er hat es nicht zustande gebracht, siehe Anlagen 2 und 3.

Noch ein Beispiel: Am **01.10.2014** sprach der Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder auf einer CDU-Veranstaltung in Heidelberg. Herr Dr. Karl A. Lamers, der wie auch Herr Prof. Egon Jüttner das o. g. Problem kennt, war freundlicherweise bereit, eine kurze Begegnung mit Herrn Volker Kauder zu vermitteln. Kaum dass Herr Kauder das IEDF-Logo auf dem Papier gewährte, das ich ihm übergeben wollte, sagte er unvermittelt und wörtlich: *„Da machen wir nichts“*. Damit war ich spontan abgemeldet.

Wenn der Rentenexperte Peter Weiß behauptet (s. Anlage 1) *„Die für dieses Thema zuständige Arbeitsgruppe der Fraktion unter Leitung von Karl Schiewerling hat mehrere Gespräche vermittelt, in denen die einzelnen Standpunkte ausgetauscht worden sind“*, so ist auch diese Aussage unter dem Begriff „Falschaussage“ einzuordnen.

Ein einziger(!) Termin mit den Herren Weiß und Schiewerling hatte stattgefunden, und zwar am **25.05.2012**. Der war aber nicht durch die AG Soziales vermittelt worden, sondern das Ergebnis eines dringenden Appells der Prälaten Dr. Felmborg und Dr. Jüsten. Von *„Standpunkten ausgetauscht“* konnte hier allerdings nicht die Rede sein. Die (uns ohnehin bekannten, allerdings widerspruchsbedürftigen) Standpunkte der AG Soziales nahmen in den Statements der beiden Abgeordneten breiten Raum ein. Für unserseitige Darlegungen war dann (leider) keine Zeit mehr.

Der Petitionsausschuss des Bundestages ist im Besitz von Unterlagen, mit denen wir beweisen:

- Der 12. Bundestag als zuständiger Gesetzgeber für die Rentenüberleitung hat das RÜG an eine klar umrissene Personengruppe adressiert, und zwar an die damals aktuellen Versicherten der Sozialversicherung der DDR.
- Eine angebliche Erweiterung dieser Adressierung hat der Gesetzgeber zu keiner Zeit beschlossen. Hier läge die Beweislast bei Ihren Rentenexperten.
- Die von Peter Weiß in der Bundestagsdrucksache 17-6390, Seite 4 wiedergegebene Behauptung *„... mit der deutschen Einheit (sind) alle Bürger der ehemaligen DDR Bundesbürger geworden Daher (ist) es systematisch richtig, dass sie alle nach dem Rentenüberleitungsgesetz behandelt werden.“* ist eine bewusste „Falschaussage“.

Mit dem Einigungsvertrag sind alle Bürger des Beitrittsgebietes Bundesbürger geworden, da hat er recht. Unrecht hat er jedoch, wenn er hier auch die DDR-Altübersiedler subsumiert, die vor dem Stichtag 18.05.1990 im Geltungsbereich des Grundgesetzes Aufnahme gefunden hatten. Die hatten mit diesem rechtsstaatlichen Akt ihre Eigenschaft, Staatsbürger der DDR zu sein, verloren bzw. aberkannt bekommen. Als die deutsche Einheit vollzogen wurde, waren sie bereits Bundesbürger und standen für den Beitritt der DDR nicht zur Verfügung. Ihre Rechte gegenüber den DDR-Behörden, insbesondere gegenüber der DDR-Sozialversicherung, waren erloschen und somit der Rentenüberleitung nicht zugänglich.

Unter Berufung auf die Verfahrensgrundsätze des Petitionsausschusses fordern wir den Bundestag auf, die von uns vorgebrachten „neuen entscheidungserheblichen Tatbestände“ zu würdigen und sich mit dem Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ erneut zu befassen.

Wir fordern, ebenfalls unter Berufung auf die Verfahrensgrundsätze, dass wir als Betroffene, Zeugen oder Sachverständige gehört werden. Bei anderen parlamentarischen Vorgängen wird dies ständig praktiziert.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Anlagen:

Anlage 1, 2016-12-02 e-mail Peter Weiß

Anlage 2, 2014-07-17 e-mail Peter Weiß

Anlage 3, 2014-09-22 e-mail Peter Weiß

Anlage 4, 2011-08-26 Brief von Peter Weiß

Anlage 5, 2011-09-09 Brief an Peter Weiß